

Inselpresse:

Das war´s dann wohl mit Deutschland und Europa

[veröffentlicht am 04.09.2016 von inselpresse.blogspot.d](http://inselpresse.blogspot.d)



Mit 40 Prozent, denen es egal ist und weiteren 40 Prozent, denen es nichts ausmacht, wenn es so weitergeht kann man keinen Staat machen.

Deutschland ist am Ende.

**Ein Kommentar von
Ingmar Blessing**

4. September 2016

Notorisch misstrauisch schenkte ich den Prognosen keinen Glauben und hoffte heute bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern auf etwas unerwartetes: Einen politischen Erdbeben, der die Blockparteien einreißt und der AfD 30 Prozent Plus beschert.

Wurde nichts daraus. "Kümmerliche" 20 Prozent wurden es, was angesichts der politischen Faktenlage einem Eimer eiskaltem Wasser gleichkommt. Gerade einmal Einem von Acht hat Merkels Dambruchentscheidung vom 4. September 2015 - also vor exakt einem Jahr - die Augen aufgerissen. Einer von Acht hat Konsequenzen gezeigt und sein Kreuz bei der relevanten politischen Protestkraft gesetzt. Einer von Acht nimmt es nicht hin, dass eine ganze Flut an Gesetzesbrüchen begangen wurde und weiterhin begangen wird. Einer von Acht merkt, dass da etwas faul ist und hat sich die Mühe gemacht, das mediale Einheitsdickicht zu durchdringen und sich eine vom Aufkotroyerten abweichende Meinung gebildet. Einer von Acht war mutig und das ist zu wenig angesichts dessen, was in den vergangenen 12 Monaten passiert ist:

- das Zulassen eines hundertausendfachen illegalen Grenzübertritts
- die Zerstörung des supranationalen europäischen Konsens nach dem zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg
- das illegale Ausplündern der Sozialkassen zur steuerabseitigen Finanzierung der illegalen Migranten
- das Risikieren von Terroranschlägen auf deutschem Boden durch illegal eingereiste Ausländer (was bereits eingetroffen ist)
- das weitere illegale Aushöhlen der bürgerlichen Rechte zur (bereits jetzt gescheiterten) Abwehr von Terrorismus
- die massive Manipulation der Medien für eine stark einseitige Berichterstattung
- das illegale Einschränken der Meinungsfreiheit

- die staatliche und halbstaatliche Finanzierung von linksextremistischen Gewalttätern zur Bekämpfung von politisch Andersdenkenden
- das Verschenken von Souveränitätsrechten im bedeutendem Umfang an nicht haftbare supranationale Organisationen
- das Ausdrucken der Währung und die damit einhergehende Zerstörung der Spareinlagen des Volkes und dem Risiko einer Hyperinflation
- das offene Handeln gegen die Interessen Deutschlands sowohl im In- wie im Ausland
- das heimliche Anwenden zweier unterschiedlicher Rechtsstandards für Personen im Inland abhängig von ihrer Herkunft
- das tatenlose Zulassen und richterliche Absegnen von rechtsfreien Räumen und rechtlosem Verhalten
- die Unterdrückung und Manipulation behördlicher Informationen für einen politisch genehmen Narrativ
- das massive Beschleunigen der Krisenspirale hin zu einer multiplen Systemkrise
- der fortgesetzte Bruch der Verfassung

Ich gebe zu bedenken, diese Liste ist nicht vollständig. Sie beinhaltet nur das im letzten Jahr Geschehene, nichts was bereits davor geschah und nicht das, was uns noch droht und von Sicherheitsexperten befürchtet wird.

Ein Volk, das bereit ist, so einen massiven und offenen Verstoß gegen ihre Rechte mit einer Mehrheit von Sieben aus Acht hinzunehmen hat keine Zukunft. Mehr als Untertanen sind sie nicht. Wie es aussieht will die übergroße Mehrheit von einer geschlossenen Obrigkeit beherrscht werden, die ihnen gerne genommenes Brot und Spiele und Lügen anbietet, um das gesellschaftliche Nervensystem, das eine krisenhafte Entwicklung antizipieren könnte weiterhin zu betäuben.

Als Souverän hat das deutsche Volk ausgedient. Es hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten offenbar in eine Ansammlung Menschen degenerieren lassen, dem sein eigenes kollektives Schicksal gänzlich egal ist.

Bei den Bundestagswahlen 2013 sah es noch gut aus, da die dunklen Wolken sich eher theoretischer Natur in Form einer kaputten Währung zeigten. Und auch das Ergebnis der vergangenen drei Landtagswahlen im März 2016 waren noch "im Rahmen einer politischen Korrektorentwicklung", aber dieses Mal ist es anders.

Ein Jahr ist nun vergangen, seit dem die Migrationskrise von der Bundesregierung losgetreten wurde. Neun Monate sind seit dem international stark beachteten Fanal von Köln vergangen, als es in der Silvesternacht zu Massenübergriffen durch Illegale kam, und es fortan weder für die Behörden, noch für die Medien noch möglich war die exorbitanten Probleme durch kulturfremde Migranten zu verschweigen. Die Überforderung der Behörden war überall zu sehen. Als Schlampereien kaschiertes kriminelles Verhalten, etwa beim "Verlieren" von Pässen der Abzuschiebenden zeigte ihre Absicht. Die zahlreichen Fälle mit explizitem kriminellen Verhalten durch

Behörden und Politiker - darunter auch in Mecklenburg-Vorpommern - beim Abgreifen der "Hilfsgelder" war mit Händen zu fassen, dass man es nur mitbekommen wollen musste, um es mitzubekommen.

Das hätte das Wahlvolk aufwecken müssen. Da gibt es keine Ausreden. Keine der medialen Manipulation - jeder hat Kontakt zu Realität. Keine der politischen Alternative - man kann auch andere Parteien als die AfD wählen. Keine der Passivität - wer so augenscheinlich zwei Zukunftsszenarien vor sich hat, wie bitte kann es einem dann trotzdem egal sein?

Deutschland ist verloren.

Selbst der Spalt, den Art. 20,4 bietet wird nicht mehr helfen. Dieser kann nur dann etwas bewirken, wenn die internen Strukturen der Führungsebene charakterliche Nischen zulassen. In den Behörden, in den Ministerien und beim Militär wurden scheinbar alle erfolgreich abgesägt, die einen inneren Putsch hätten im Sinn haben können.

Und extern? Im Volk? Den Massen? Vierzig Prozent von ihnen ist es egal und weitere vierzig Prozent, die den Status Quo wählen würden die verbleibende, unzufriedene und aufbegehrende Minderheit gnadenlos niederschreien. Sei es auf Demonstrationen wie es allwöchentlich beobachtet werden kann, sei es in den Medien oder bei möglichen zukünftigen Widerstandsaktionen.

Was an Widerstand bliebe sind Guerillataktiken: Morde, Hinterhalte, subversive Aktionen und vielleicht die Störung des wirtschaftlichen Tagesablaufs. Das aber lässt sich in den Griff bekommen mit der geballten Macht der Staatsgewalt, die sich nur zu gerne anbietet, um den Freiheitsraum noch weiter einzuengen.

Dass die Staatsmacht im Fall der Fälle vor nichts zurückschreckt zeigen gelegentliche (medienwirksame!) Aktionen gegen Dissidenten, aber auch der zumindest diskutierte Plan, wonach die zyprischen Sparer enteignet werden sollten. Im Zweifel schreckt die Obrigkeit und die ihr offenbar weitgehend hörige Masse vor nichts zurück. Und nach einem kleinen Aufflackern würde die Flamme des Widerstandes gegen die Entmachtung, Umvolkung und gegen die allgemeine gesellschaftliche Zersetzung ersticken.

Sollte es in Deutschland noch einmal ein Zurück geben der politischen und gesellschaftlichen Zustände hin zu einem Merkel ex-ante, dann wird dies von außen kommen: Aus Österreich, aus Osteuropa, aus Dänemark, aus den Niederlanden, aus Frankreich, aus der Schweiz, oder gar von noch weiter weg. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern aber beweist mir eines: Wir haben die Zügel aus der Hand gleiten lassen und wir wollen sie erst gar nicht wieder zurück.

Ich persönlich werde daraus Konsequenzen ziehen und meine Diplome hoffentlich schon bald in einem anderen Land zu Markte tragen.

Auf Deutschland und ganz Europa jedenfalls warten sehr düstere Zeiten.